



An den Grossen Rat

22.5532.02

PD/P225532

Basel, 8. Februar 2023

Regierungsratsbeschluss vom 7. Februar 2023

## Schriftliche Anfrage Fleur Weibel betreffend «Rassismus auf Platz 3 des Sorgenbarometers der Jugendlichen in Basel-Stadt»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Fleur Weibel dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Das Statistische Amt Basel-Stadt verweist im Dossier Basel "Gesellschaft & Soziales. Kommentierte Zahlen und Analysen" vom November 2022 auf die wichtigsten Ergebnisse der Jugendbefragung 2021. Gemäss dieser Jugendbefragung stellt die drittgrösste Sorge der Jugendlichen nach Schule/Ausbildung und Klima/Umwelt das Thema Rassismus dar. Mit 48 Prozent bezeichnet praktisch die Hälfte der Basler Jugendlichen Rassismus als ein Thema, das ihnen starke Sorgen bereitet. Das Thema Rassismus liegt dabei deutlich vor weiteren Themen wie etwa Berufseinstieg, Gesundheit oder sexuelle Belästigung. Dieses Ergebnis muss den Institutionen und der Politik in Basel-Stadt zu denken geben.

Im Analysebericht (<https://www.statistik.bs.ch/dam/jcr:ed850c57-8910-4664-97b1-648434d1e881/Be richt-Jugendbefragung.pdf>) zur Jugendbefragung wird keine Interpretation der Ergebnisse vorgenommen. Die starke Sorge, die das Thema Rassismus den Basler Jugendlichen bereitet, bedarf allerdings einer vertieften Auseinandersetzung und einer Stellungnahme seitens der Regierung. Deshalb bitte ich die Regierung um Antworten auf folgende Fragen:

1. Rassismus ist auf Platz 3 des Sorgenbarometers der Jugendlichen in Basel-Stadt. Wie deutet die Regierung dieses Ergebnis? Welche zusätzlichen Informationen liegen der Regierung vor, um diese Sorge der Jugendlichen zu verstehen und einzuordnen?
2. Dass praktisch die Hälfte der Basler Jugendlichen Rassismus als eine starke Sorge bezeichnen, ist sehr bedenklich. Was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Sorge der Jugendlichen zu begegnen?
3. Plant die Regierung, diesem hohen Ergebnis vertieft nachzugehen, um besser verstehen zu können, worin die Sorgen der Jugendlichen in Bezug auf das Thema Rassismus bestehen?
  - a. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind dafür geplant?
  - b. Wenn nein, was könnte die Regierung tun, um das Wissen zu dieser Sorge der Jugendlichen zu vertiefen und ist die Regierung bereit, dem nachzugehen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen?
4. Das Thema Rassismus betrifft alle Bereiche der Gesellschaft und damit auch alle Departemente der Basler Regierung. Rassismus wirkt sich, wie andere Formen der Diskriminierung auch, negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden aus und führt zur Reproduktion von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen. Was ist aus der Sicht der Regierung für die nachhaltige Förderung einer rassismuskritischen Basler Gesellschaft notwendig und welchen Beitrag kann die Regierung dazu leisten?
  - a. Welchen konkreten Handlungsbedarf und welche Ansatzpunkte sieht die Regierung dabei in ihren verschiedenen Departementen?

- b. Wer ist in den einzelnen Departementen für die Bearbeitung des Themas verantwortlich?
  - c. Welche konkreten Massnahmen und Projekte sind in den einzelnen Departementen vorgesehen, um das Thema Rassismus anzugehen?
  - d. Wie arbeiten die Departemente dabei zusammen?
  - e. Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind in den einzelnen Departementen vorhanden, um das Thema in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen zu bearbeiten? Sind die Mittel ausreichend, um das Thema in seiner Tiefe zu adressieren?
  - f. Welche Formen der Beratung durch externe Expert:innen finden statt?
5. Wer auf der Webseite des Kantons unter den Themen A-Z das Thema Rassismus sucht, findet das Stichwort dort nicht. Lediglich die Stichworte Integration und Diskriminierung sind zu finden und verweisen auf die Fachstelle Diversität und Integration, die auch für das Thema Rassismus/Diskriminierung zuständig ist. Ist im Rahmen der geplanten Umstrukturierung der Fachstellen im Präsidialdepartement vorgesehen, dem Thema Rassismus einen prominenteren Auftritt auf der Webseite des Kantons zu geben? Und ist vorgesehen, dem Thema eine eigenständige Sichtbarkeit zu geben oder wird das Thema Rassismus weiter unter dem Stichwort Integration subsumiert?

Fleur Weibel»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

## 1. Einleitung

Die in der Schriftlichen Anfrage aufgeführte kantonale Jugendbefragung wird vom Statistischen Amt alle vier Jahre durchgeführt, zuletzt im Jahr 2021. Mitarbeitende des Statistischen Amtes besuchten im September 2021 rund 60 zufällig ausgewählte Schulklassen und leiteten diese beim Ausfüllen eines Fragebogens an. Auf Grundlage der rund 850 ausgefüllten und ausgewerteten Fragebögen sind Aussagen über die Gesamtheit der in Basel-Stadt wohnhaften Schülerinnen und Schüler im Alter von zwölf bis 17 Jahren, die im Kanton eine öffentliche Schule besuchen, möglich. Die Frage, auf die sich die vorliegende Schriftliche Anfrage bezieht, lautete: «Bitte gebe an, wie sehr Dir im Moment folgende Themen Sorgen machen (...). Rassismus war eines von 26 zu bewertenden Themen.

Gemäss dem Bericht zu rassistischer Diskriminierung in der Schweiz 2021 des Beratungsnetzes für Rassismusopfer ist die Schule nach dem Arbeitsplatz der Kontext, in dem am meisten Diskriminierungserfahrungen gemacht werden. Dabei ist festzuhalten, dass nur die gemeldeten Vorfälle in den Bericht aufgenommen wurden. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein.

In den letzten Jahren, speziell seit dem Sommer 2020 und dem Mord an George Floyd in den USA, hat die öffentliche Aufmerksamkeit rund um die Thematik Rassismus auch in der Schweiz stark zugenommen. Insbesondere junge Erwachsene und Jugendliche engagieren sich für eine gerechte und rassismuskritische Gesellschaft. Es ist daher wenig überraschend, dass das Thema auch Schülerinnen und Schüler in Basel-Stadt beschäftigt.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Rassismus ist auf Platz 3 des Sorgenbarometers der Jugendlichen in Basel-Stadt. Wie deutet die Regierung dieses Ergebnis? Welche zusätzlichen Informationen liegen der Regierung vor, um diese Sorge der Jugendlichen zu verstehen und einzuordnen?*

Beim Ergebnis der Jugendbefragung handelt es sich um eine Momentaufnahme, die durch die damaligen Ereignisse in den USA stark beeinflusst war. Die Frage zu Rassismus ist offen formuliert, und im Bericht zur Jugendbefragung fehlt eine genaue Definition von Rassismus. Eine Deutung mit

konkreten Aussagen auf Grundlage der Jugendbefragung ist daher schwierig vorzunehmen. Dem Regierungsrat liegen keine weiteren Informationen vor, welche eine detaillierte Einordnung zulassen würden.

2. *Dass praktisch die Hälfte der Basler Jugendlichen Rassismus als eine starke Sorge bezeichnen, ist sehr bedenklich. Was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Sorge der Jugendlichen zu begegnen?*

Es liegen bereits verschiedene politische Vorstösse vor, die das Thema Diskriminierung in der Schule aufgreifen. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat auf Antrag der Petitionskommission noch 2023 zur Petition P425 «Diskriminierungsfreie Schule» und zur Petition P434 «Gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht, Religion, Hautfarbe und/oder Herkunft» berichten. Ebenso widmet sich der Anzug Claudio Miozzari betreffend «Diversität und Diskriminierungsbekämpfungen an den Schulen in Basel-Stadt» dem Thema.

Die Volksschule sowie aus- und weiterbildende Institutionen der pädagogischen Bildung beschäftigen sich auf verschiedenen Ebenen mit dem Thema Diskriminierung. Der Lehrplan 21 hält fest, dass die Schule allen Schülerinnen und Schülern ein möglichst diskriminierungsfreies Umfeld bieten soll. Alle Mitarbeitenden an den Schulen sind diesen Grundsätzen verpflichtet und setzen diese in ihrer Arbeit um. Viele Schulen haben in ihrem standortspezifischen Leitbild zusätzliche eigene Werte formuliert, die den Schulalltag leiten und prägen sollen. Die Schule erfüllt zudem eine wichtige Sozialisierungsfunktion, indem im Unterricht und im Schulalltag gezielt verschiedene Formen von Diskriminierung thematisiert und die Schülerinnen und Schüler angeregt werden, ein eigenständiges und diskriminierungskritisches Denken und Handeln zu entwickeln.

Die Schulsozialarbeit ist an den Schulstandorten erste Ansprechstelle für rassistische Diskriminierung. Lehr- und Fachpersonen können sich zudem auch an die Beratungsstelle des PZ.BS wenden. Diese bietet für alle an einer öffentlichen Schule im Kanton Basel-Stadt angestellten Mitarbeitenden Unterstützung und Beratung an. Zur Unterstützung der Lehrpersonen stehen auf dem Basler Bildungsserver ausserdem ergänzende Lehrmaterialien zur Verfügung. Die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus hat diverse Produkte im Angebot wie etwa Lehrmittel und Informationen für Lehrpersonen.

Zudem ist die Jugend- und Präventionspolizei mit ihrem Angebot in der Volksschule präsent. Die Mitarbeitenden der Angebote in der Jugendarbeit (Jugendzentren, Beratungsstellen, Freizeiteinrichtungen und bei der mobilen Jugendarbeit) sind ebenfalls für das Thema sensibilisiert und bringen die erforderliche interkulturelle Kompetenz mit.

3. *Plant die Regierung, diesem hohen Ergebnis vertieft nachzugehen, um besser verstehen zu können, worin die Sorgen der Jugendlichen in Bezug auf das Thema Rassismus bestehen?*
  - a. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind dafür geplant?*
  - b. *Wenn nein, was könnte die Regierung tun, um das Wissen zu dieser Sorge der Jugendlichen zu vertiefen und ist die Regierung bereit, dem nachzugehen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen?*

Zurzeit sind keine weiteren Schritte geplant.

4. Das Thema Rassismus betrifft alle Bereiche der Gesellschaft und damit auch alle Departemente der Basler Regierung. Rassismus wirkt sich, wie andere Formen der Diskriminierung auch, negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden aus und führt zur Reproduktion von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen. Was ist aus der Sicht der Regierung für die nachhaltige Förderung einer rassismuskritischen Basler Gesellschaft notwendig und welchen Beitrag kann die Regierung dazu leisten?

Der Bund empfiehlt im Rahmen des KIP den Aufbau und Betrieb eines Beratungsangebots im Bereich Diskriminierungsschutz. Zudem soll das Beratungsangebot für unterschiedliche Zielgruppen bekannt gemacht und Sensibilisierungsarbeit geleistet werden. Der Regierungsrat unterstützt die Empfehlungen des Bundes und bekennt sich damit zur Diversität der Gesellschaft und zur Chancengerechtigkeit.

- a. Welchen konkreten Handlungsbedarf und welche Ansatzpunkte sieht die Regierung dabei in ihren verschiedenen Departementen?

Der Regierungsrat sieht in den einzelnen Departementen keinen über die bereits erwähnten Angebote hinausgehenden Handlungsbedarf.

- b. Wer ist in den einzelnen Departementen für die Bearbeitung des Themas verantwortlich?

Die Zuständigkeit der Bearbeitung des Themas in den jeweiligen Fachbereichen liegt bei den entsprechenden Abteilungen. Die Fachstelle Diversität und Integration in der Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement ist im Rahmen des KIP für das Thema zuständig und unterstützt die Abteilungen bei Bedarf. Ab 1. März 2023 heisst die Fachstelle «Fachstelle Integration und Antirassismus» und ist in der neu geschaffenen Abteilung Gleichstellung und Diversität angesiedelt. Der Kanton trägt dem Thema Rassismus insofern Rechnung, als dass das Thema «Unconscious Biases» (unbewusste Vorurteile) in Seminaren und Führungsschulungen geschult wird. Begegnungsveranstaltungen zu spezifischen Dimensionen (z. B. Religion, Migration) unterstützen die Sensibilisierungsarbeit.

- c. Welche konkreten Massnahmen und Projekte sind in den einzelnen Departementen vorgesehen, um das Thema Rassismus anzugehen?

Der Kanton unterstützt im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) mehrere Angebote im Bereich Rassismus und Diskriminierung: Die Anlauf- und Beratungsstelle Stopp Rassismus wird mit einem finanziellen Beitrag unterstützt. Der Kanton hat den Aufbau des Netzwerks Antirassismus Basel-Stadt gemeinsam mit der eidgenössischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung und der Christoph Merian Stiftung unterstützt und finanziert die Fortführung des Netzwerks. Das Netzwerk Antirassismus unterstützt und stärkt Betroffene von Rassismus und deren Angehörige in 15 Sprachen, zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, sensibilisiert, vermittelt Informationen und verweist an Stopp Rassismus weiter. Zudem unterstützt der Kanton seit Jahren die «Woche gegen Rassismus», die von Radio X organisiert wird und fördert somit auch die öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung mit dem Thema.

Zudem wird der Kanton im Rahmen der Beantwortung verschiedener politischer Vorstösse (siehe Antwort auf Frage 2 oben) dem Thema Beachtung schenken.

- d. Wie arbeiten die Departemente dabei zusammen?

Die Departemente arbeiten bei Bedarf zusammen. Zudem organisiert die Fachstelle Diversität und Integration einmal pro Jahr den Runden Tisch Diskriminierungsschutz mit Vertreterinnen und Vertretern von Behörden sowie von Anlauf- und Beratungsstellen.

- e. Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind in den einzelnen Departementen vorhanden, um das Thema in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen zu bearbeiten? Sind die Mittel ausreichend, um das Thema in seiner Tiefe zu adressieren?

Siehe die Antworten auf Frage 4 b und c.

- f. Welche Formen der Beratung durch externe Expert:innen finden statt?

Die zuständige Fachstelle besucht regelmässig Fachtagungen und ist im Austausch mit diversen Expertinnen und Experten, beispielsweise von der eidgenössischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung, der Fachstelle Diskriminierung und Rassismus von human rights sowie der Beratungsstelle Stopp Rassismus.

5. Wer auf der Webseite des Kantons unter den Themen A-Z das Thema Rassismus sucht, findet das Stichwort dort nicht. Lediglich die Stichworte Integration und Diskriminierung sind zu finden und verweisen auf die Fachstelle Diversität und Integration, die auch für das Thema Rassismus/Diskriminierung zuständig ist. Ist im Rahmen der geplanten Umstrukturierung der Fachstellen im Präsidialdepartement vorgesehen, dem Thema Rassismus einen prominenten Auftritt auf der Webseite des Kantons zu geben? Und ist vorgesehen, dem Thema eine eigenständige Sichtbarkeit zu geben oder wird das Thema Rassismus weiter unter dem Stichwort Integration subsumiert?

Für eine stärkere Sichtbarkeit soll der Begriff Rassismus neu zu den Themen unter A-Z auf der Website des Kantons hinzugefügt werden, wobei auf die zuständige Fachstelle verlinkt wird. Die kantonale Website wird in den kommenden Jahren überarbeitet und kundenorientierter gestaltet. In diesem Kontext wird der Regierungsrat die Sichtbarkeit des Themas stärken.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin